

Stand: 19.03.2026 02:59:08

Initiativen auf der Tagesordnung der 37. Sitzung des LA

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9990 vom 12.02.2026
2. Initiativdrucksache 19/10359 vom 27.02.2026
3. Initiativdrucksache 19/10673 vom 09.03.2026
4. Initiativdrucksache 19/11037 vom 17.03.2026



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller, Laura Weber, Paul Knoblach, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christian Hierneis, Ursula Sowa, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Mehrwert bayerischer Tierhaltung sichtbar machen – Made in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundes- und EU-Ebene für einen Herkunftsnachweis „Made in Bayern“ sämtlicher tierischer Produkte einzusetzen, damit die hohen Standards der heimischen Landwirtschaft für Verbraucherinnen und Verbraucher klar erkennbar sind,
- sich dafür einzusetzen, dass das staatliche Tierhaltungskennzeichnungssystem zügig umgesetzt und so weiterentwickelt wird, dass auch Produkte EU-weit sowie Importe aus Drittstaaten außerhalb des europäischen Binnenmarktes nur mit vollständigen Angaben zu Haltung, Aufzucht- und Schlachtort auf den Markt gelangen dürfen,
- gemeinsam mit Erzeugerorganisationen, Handel, Außer-Haus-Verpflegung und Verbraucherorganisationen Informationskampagnen zu starten, die die Leistungen der bayerischen Tierhalterinnen und Tierhalter hervorheben und die Vorteile regionaler, tiergerecht erzeugter Produkte erklären.

Begründung:

Bayerische Landwirtinnen tragen wesentlich zur Versorgungssicherheit, zum Erhalt der Kulturlandschaft und zum Tierwohl bei. Viele Betriebe haben in den letzten Jahren – auch mithilfe von Programmen wie BayProTier – in bessere Ställe, mehr Platz, Auslauf, Weidegang und tiergerechtere Haltungsformen investiert. Diese Betriebe übernehmen Verantwortung für das Wohl der Tiere und für hochwertige Lebensmittel, stehen aber im Wettbewerb mit importierten Produkten, deren Haltungsbedingungen für Verbraucherinnen und Verbraucher oft nicht nachvollziehbar sind.

Eine klare Herkunfts- und Haltungskennzeichnung stärkt diese positiven Leistungen: Sie macht sichtbar, dass heimische Produkte unter bekannten, kontrollierten und häufig höheren Standards erzeugt werden, und ermöglicht es Verbraucherinnen und Verbrauchern, diese Qualität gezielt zu wählen. So werden Fördergelder für mehr Tierwohl nicht nur im Stall wirksam, sondern auch am Markt honoriert. Gleichzeitig schafft eine transparente Kennzeichnung fairere Wettbewerbsbedingungen, weil Billigimporte aus weniger tiergerechter Haltung nicht länger von der fehlenden Transparenz profitieren.

Die bayerische Landwirtschaft ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und zeigt dies tagtäglich in der Praxis. Die Politik muss dafür sorgen, dass sich dieser Einsatz auch auszahlt – durch ein Kennzeichnungssystem, bei dem heimische, tiergerecht erzeugte Produkte klar erkennbar positiv herausstechen.



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

Verbesserung der Chancen der bayerischen Schweinhalter – Regionale Landwirtschaft stärken, Existenz sichern, Versorgung gewährleisten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für eine deutliche Reduzierung der bürokratischen Belastungen für Schweinhalter einzusetzen,
- alle landesrechtlichen Verschärfungen, die über geltendes EU-Recht hinausgehen, im Bereich der Schweinehaltung auszusetzen bzw. zurückzunehmen,
- ein bayerisches Investitionsförderprogramm zur Modernisierung von Schweineställen aufzulegen, das insbesondere kleine und mittlere Betriebe unterstützt,
- sich gegen weitere Verschärfungen der Haltungs- und Dokumentationsauflagen einzusetzen,
- regionale Vermarktungsstrukturen und Schlachtkapazitäten in Bayern gezielt zu stärken,
- die Stallumbauprogramme praxistauglich und unbürokratisch auszugestalten,
- einen bayerischen „Zukunftsdialog Schweinehaltung“ unter Einbeziehung von Praktikern, Verbänden und Wissenschaftlern einzuberufen.

Begründung:

Die Schweinehaltung in Bayern befindet sich seit Jahren in einer strukturellen Krise. Steigende Energie- und Futterkosten, verschärfte gesetzliche Auflagen, zunehmende Dokumentationspflichten sowie internationaler Wettbewerbsdruck führen zu einem fortschreitenden Höfesterben. Besonders betroffen sind familiengeführte Betriebe im ländlichen Raum.

Während die gesellschaftlichen Anforderungen an Tierwohl und Umweltstandards kontinuierlich steigen, haben die Preise für Schweinefleisch in den letzten Monaten dramatisch nachgegeben. Im Februar 2026 wurden nur noch Preise von ca. 1,50 Euro bis 1,55 Euro/kg Basispreis (VEZG-Referenz (VEZG = Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch)) notiert – das zeigt eine klare Abwärtsbewegung gegenüber dem Sommerhoch von 2,43 Euro/kg in 2024.

Es fehlen zudem verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Einerseits soll dem Ruf nach mehr Tierwohl Genüge geleistet werden, andererseits sind die Verfallszeiten für gesetzliche Regelungen für Um- und Neubauten immer kürzer, sodass keine langfristige Planungssicherheit für Investitionen – meist im Millionenbereich – existiert. Einen großen Strukturbruch wird es zudem für Ferkelerzeuger mit der Frist für den Umbau des Abferkelbereiches geben.

Die Anforderungen des Lebensmitteleinzelhandels bestimmen mehr und mehr die Agenda – gleichzeitig steigt die Abhängigkeit der Fleischerzeuger, zumal oft nur kurzlaufende Lieferverträge vergeben werden.

Nationale Sonderwege gegenüber EU-Standards verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Betriebe zusätzlich. Gleichzeitig wird Fleisch aus Ländern importiert, die deutlich geringere Standards aufweisen. Insbesondere durch das geplante MERCOSUR-Abkommen droht zusätzlicher Preisdruck.

Diese Entwicklung gefährdet die regionale Wertschöpfung, die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln, Arbeitsplätze im ländlichen Raum sowie die über Generationen gewachsene bäuerliche Struktur.

Eine ideologisch getriebene Agrarpolitik auf Bundes- und EU-Ebene darf nicht weiter zur Zurückdrängung der heimischen Landwirtschaft führen. Stattdessen braucht es Planungssicherheit, Investitionssicherheit, Bürokratieabbau und eine konsequente Stärkung regionaler Kreisläufe.

Bayern muss seine landwirtschaftlichen Familienbetriebe aktiv schützen und ihnen eine wirtschaftliche Perspektive geben. Eine starke heimische Schweinehaltung ist Voraussetzung für Ernährungssouveränität, Tierwohl nach hohen Standards und florierende ländliche Räume.



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Sachverständigenanhörung zur Zukunft der Schweinehaltung in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus führt eine Sachverständigenanhörung zum Thema „Zukunft der Schweinehaltung in Bayern“ durch.

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte erörtert werden:

- Welche landesrechtlichen Vorschriften, die über geltendes Bundes- oder EU-Recht hinausgehen, erschweren im Bereich der Schweinehaltung die Produktionsbedingungen?
- Wie können auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene die bürokratischen Belastungen für Schweinehalter deutlich reduziert werden?
- Wie könnte ein bayerisches Investitionsförderprogramm zur Modernisierung von Schweineställen ausgestaltet werden, das insbesondere kleine und mittlere Betriebe unterstützt?
- Welche kürzlich erfolgten Verschärfungen der Haltungs- und Dokumentationsauflagen behindern konkret die Produktionsbedingungen für Schweinehalter?
- Wie können regionale Vermarktungsstrukturen und Schlachtkapazitäten in Bayern gezielt gestärkt werden?
- Wie kann insbesondere der Erhalt regional bedeutender Schlachthöfe wie z. B. in Landshut gefördert werden?
- Wie können die Stallumbauprogramme praxistauglich und unbürokratisch gestaltet werden?
- Wie wird der Nutzen eines bayerischen „Zukunftsdialogs für Schweinehaltung“ unter Einbeziehung von Praktikern, Verbänden und Wissenschaftlern beurteilt?
- Welche Möglichkeiten werden gesehen, extreme Preisschwankungen am Markt für Schweinefleisch zu verhindern?

Begründung:

Die Schweinehaltung steht in Bayern vor einem tiefgreifenden Struktur- und Transformationsprozess. Steigende Anforderungen an Tierwohl, Emissionsminderung und sogenannten Klimaschutz, stark schwankende Erzeugerpreise sowie Unsicherheiten in Förderungs- und Genehmigungsfragen führen dazu, dass viele Betriebe Investitionsentscheidungen aufschieben oder die Tierhaltung ganz aufgeben.

Planungssicherheit bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem: verlässliche und praxistaugliche Rahmenbedingungen für Stallumbauten, klare und zügige Genehmigungsverfahren, tragfähige Finanzierungs- und Förderinstrumente sowie realistische Übergangsfristen.

Ohne diese Voraussetzungen drohen Wertschöpfungsverluste in ländlichen Räumen und eine Verlagerung der Produktion in Regionen mit niedrigeren Standards, in letzter Zeit z. B. nach Spanien etc.

Nationale Sonderwege gegenüber EU-Standards verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Betriebe zusätzlich. Gleichzeitig wird Fleisch aus Ländern importiert, die deutlich geringere Standards aufweisen, insbesondere durch das geplante MERCOSUR-Abkommen droht zusätzlicher Preisdruck.

Auch wachsende Anforderungen des Lebensmitteleinzelhandels bestimmen mehr und mehr die Agenda – gleichzeitig steigt die Abhängigkeit der Fleischerzeuger, zumal oft nur kurzlaufende Lieferverträge vergeben werden.

Diese gesamte Entwicklung gefährdet die regionale Wertschöpfung, die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln, Arbeitsplätze im ländlichen Raum sowie die über Generationen gewachsene bäuerliche Struktur.

Eine Expertenanhörung im Landtag ermöglicht es, wissenschaftliche Erkenntnisse, Praxiserfahrungen, Marktanalysen und rechtliche Einschätzungen zusammenzuführen. Auf dieser Basis können Maßnahmen erarbeitet werden, die sowohl höhere Tierwohl- und Umweltstandards als auch wirtschaftliche Perspektiven für bayerische Familienbetriebe sichern.

Dazu kann diese Expertenanhörung einen wesentlichen Beitrag leisten.



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

Sachverständigenanhörung zum Thema „Welche Folgen hätte ein EU-Beitritt der Ukraine für die bayerische Landwirtschaft?“

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus führt eine Sachverständigenanhörung durch zum Thema „Welche Folgen hätte ein EU-Beitritt der Ukraine für die bayerische Landwirtschaft?“

Dabei sollen insbesondere folgende Punkte erörtert werden:

- Wie wirkt sich der stärkere Wettbewerb durch den größten Agrarproduzenten Europas auf die bayerische Landwirtschaft aus?
- Bei welchen landwirtschaftlichen Produkten würde der EU-Beitritt den Wettbewerb im EU-Binnenmarkt für bayerische Landwirte besonders erhöhen?
- Mit welchen Kürzungen bei EU-Agrarsubventionen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) müssen bayerische Landwirte rechnen, wenn das EU-Budget nicht deutlich erhöht wird?
- Wie wirken sich die Strukturunterschiede zwischen EU und ukrainischer Landwirtschaft bei einem EU-Beitritt aus?
- Welche Marktverschiebungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen sind innerhalb der EU zu erwarten?
- Welche Chancen für die EU und deutsche Landwirtschaft könnten sich bei einem EU-Beitritt der Ukraine ergeben?
- Wie kritisch sehen die Bauernverbände in Deutschland und Bayern einen möglichen Ukraine-Beitritt?

Begründung:

Ein möglicher EU-Beitritt der Ukraine hätte für die Landwirtschaft in Deutschland und der EU weitreichende wirtschaftliche, strukturelle und agrarpolitische Folgen. Diese werden in Politik, Verbänden und Wissenschaft sehr unterschiedlich bewertet. Die Ukraine gehört schon heute zu den größten Agrarproduzenten Europas mit rund 41 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche, davon etwa 33 Millionen Hektar Ackerland.

Zum Vergleich: Deutschland: verfügt über ca. 16 bis 17 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche.

Die Landwirtschaft in der Ukraine unterscheidet sich stark von der in Deutschland, insbesondere ist sie gekennzeichnet durch sehr große Agrarunternehmen (Agrarholdings), mit teilweise mehreren hunderttausend Hektar Fläche, industrielle Produktion und deutlich geringere Produktionskosten. In der EU, speziell in Bayern gibt es dagegen viele

Familienbetriebe. Es herrschen deutlich höhere Standards vor allem bei Tierwohl, Umwelt- und Pflanzenschutz und Arbeitsrecht. Wenn diese Standards nicht vollständig angeglichen werden, könnten erhebliche Wettbewerbsverzerrungen entstehen.

Die Ukraine produziert bereits heute enorme Mengen an Agrargütern, u. a. etwa 60 Millionen Tonnen Getreide pro Jahr. Sie ist weltweit führend bei Sonnenblumen und ein großer Exporteur von Mais, Weizen, Geflügel und Eiern. Das könnte zusätzlichen Preisdruck für deutsche Landwirte bedeuten.

Die europäische Landwirtschaft wird stark über die GAP der EU finanziert, die Direktzahlungen richten sich hauptsächlich nach Fläche. Wäre die Ukraine EU-Mitglied, würde die EU-Agrarfläche um etwa 26 Prozent steigen, allerdings ohne deutliche Erhöhung des EU-Gesamtbudgets. Schätzungen gehen von möglichen Kürzungen der Direktzahlungen aus: um rund 20 Prozent für bestehende EU-Landwirte, falls das Budget gleichbleibt.

Ein EU-Beitritt würde wahrscheinlich auch zu neuen Produktionsschwerpunkten führen. So liegt in der Ukraine ein stärkerer Fokus auf Massenproduktion von Getreide und Ölsaaten, während in der EU stärker auf Qualitätsprodukte, Veredelung und Spezialkulturen gesetzt wird. Für Deutschland und Bayern könnte das weniger Wettbewerbsfähigkeit bei Standard-Getreide und mehr Bedeutung von Veredelung (Milch, Fleisch) und Spezialkulturen bedeuten. Neben Risiken könnte es aber auch mögliche Vorteile geben, z. B. größere Versorgungssicherheit und dadurch in Krisenfällen stabilere Lebensmittelversorgung.

Die Exportstärke der EU könnte sich durch eine gemeinsame Marktposition im Weltagrarhandel erhöhen. Nicht zuletzt könnten auch die Investitionsmöglichkeiten für deutsche Agrartechnik- und Saatgutunternehmen in der Ukraine steigen.